



Nachhilfe: Was ist „politisch inkorrekt“?



Da die Einheitspresse wieder einmal in ihrem gefundenen Fressen vom „Braunen Sumpf“ schwelgt, der angeblich Deutschland durchzieht, und derzeit noch häufiger als sonst bei PI vorbeischaute, sei die Gelegenheit beim Schopf ergriffen, all jenen, die sich das Leben gern leicht machen und politisch Inkorrekte und Rechtsextreme bequem in einen Topf werfen, Nachhilfe in Politik zu erteilen. Hier also nochmal für Dummies zum Abschreiben, was politisch inkorrekt ist und was nicht, und dass eine politisch inkorrekte Geisteshaltung viel mit Freiheitlichkeit und innerer Leidenschaft für die ursprünglich demokratischen Werte der Bundesrepublik zu tun hat, hingegen mit rechtsextremem Gedankengut nichts, aber auch gar nichts.

(Von Daniel Kuhn)

Politisch inkorrekt zu sein bedeutet, wie der Name schon sagt, die politisch korrekte Ideologie abzulehnen. Dieser Begriff der „politischen Korrektheit“ erklärt sich von selbst: Was als „korrekt“ bezeichnet wird, ist nicht objektiv „korrekt“,

sondern nur „politisch“. Anders ausgedrückt: Es handelt sich um ein Potpourri ganz offensichtlicher Unwahrheiten, deren Behauptung aber als salonfähig gilt. Diese der politischen Korrektheit per Definition innewohnende Verlogenheit lehnt der politisch Inkorrekte ab. Für ihn gilt nur das, was tatsächlich beobachtbar und belegbar ist. Frauen und Männer sind nicht gleich, Islam ist nicht Frieden, die Türken kamen weder als Entwicklungshelfer noch kamen sie 1945, und Deutschland war nicht schon immer ein Einwanderungsland.

Untrennbar mit dem Widerstand gegen politisch korrektes Zwangsgedanken verknüpft ist die Leidenschaft der politisch Inkorrekten für das Ideal der Freiheitlichkeit. Wer unliebsame, von der politisch korrekten Doktrin abweichende Meinungen aus der öffentlichen Debatte verbannt, schadet der freiheitlichen Gesellschaft, da er der Gesellschaft die Chance nimmt, durch fairen Wettstreit der Gedanken zur besten Lösung zu gelangen. Indem bestimmte nicht-doktrinäre Meinungen systematisch unterdrückt werden, man ihnen z.B. im staatlichen Fernsehen keinen Platz einräumt oder sie sogar unter Strafe stellt, ermöglicht man den doktrinären Meinungen einen unlauteren Wettbewerbsvorsprung: Nicht die für die Gesellschaft beste Meinung setzt sich am Ende durch, sondern die Meinung, die aus manipulativer Absicht am häufigsten zu vernehmen ist, zum Schaden der Gesamtgesellschaft. Politisch inkorrekt zu sein, bedeutet, Einspruch gegen eine solche Manipulation der Meinungsbildung zu erheben, die im Gegensatz zur ausdrücklich freiheitlichen, nicht-totalitären Tradition der Bundesrepublik steht. Um ein Beispiel zu nennen: Wenn die Macher der *Süddeutschen Zeitung* oder ultrareligiöse Imame regelmäßig zu Talkshows geladen werden, dann muss gemäß der anti-totalitären Tradition der Bundesrepublik auch ab und zu ein Dieter Stein von der *Jungen Freiheit* oder der Vorsitzende der Christlichen Mitte eingeladen werden. Wer dies nicht tut, handelt gegen den Geist der Freiheitlichkeit der Bundesrepublik, verhält sich gezielt manipulativ und begibt sich somit in die schmutzige Spur des doktrinären

Totalitarismus.

Politisch inkorrekt zu sein ist im heutigen Umfeld also vor allem eine Geisteshaltung, die sich dem ursprünglich freiheitlichen, anti-totalitären Charakter unseres Grundgesetzes von 1949 verpflichtet fühlt, einschließlich der dort nach dem Unheil der NSDAP-Herrschaft festgelegten Schutzbestimmung, dass die oberste Maxime des staatlichen Handelns der Nutzen, nicht Schaden des deutschen Volkes zu sein hat. Und genau hier liegt für viele Inkorrekte auch das Problem mit der staatlichen Einwanderungspolitik: Diese Politik führt nach politisch inkorrechter Überzeugung bei Fortführung ihrer bisherigen Radikalität zwangsläufig zu einer politischen, womöglich auch physischen Bedrohung der Deutschen in ihrem eigenen Land. Dies gilt zum einen für den parallel zur Zunahme der Türken zunehmenden Machteinfluss der Türkei, eines Staates, der aufgrund seiner nationalistischen, extrem rechten und latent anti-europäischen Ideologie in politisch inkorrekten Kreisen mit großem Misstrauen beäugt wird. Zum anderen gilt dies für den Islam, dessen wachsende Bedeutung in Deutschland eine besonders dramatische Folge der staatlichen Einwanderungspolitik darstellt. Die Glaubenslehre des Islam ist nicht nur bekennend antifreiheitlich, antidemokratisch und aufgrund seines Parallelrechts der Scharia antirechtsstaatlich, sondern auch ausdrücklich gewaltbefürwortend, ein Faktum, das in mohammedanischen Kreisen überhaupt nicht bestritten wird. Die gezielte staatliche Ansiedlung von Menschen in Deutschland, die einem solchen selbsterklärten gewaltbereitem Gedankengut anhängen (ob Religion oder nicht, spielt gar keine Rolle), bedeutet also eine Gefährdung der inneren Sicherheit. Der Islam wäre uns im Grunde herzlich egal, wenn man den Kampf gegen Ungläubige wie seit Jahrhunderten in den Hinterhöfen von Konstantinopel predigen würde. Unsere Staatsführer haben aber durch ihre grob fahrlässige Ansiedlungspolitik dafür gesorgt, dass man diesen Kampf heute in Hamburger und Münchner Hinterhöfen predigt, also in physischer Reichweite. Der politisch Inkorrekte sieht

in dieser Entwicklung einen massiven Verstoß gegen staatliche Sorgfalts- und Schutzpflichten und bezieht die ideologischen Vorkämpfer dieser Politik, die Joschka Fischers und Claudia Roths, aber auch die Wulffs und Wowereits, die sich durch willige Verharmlosung und Vertuschung hervortun, in die persönliche Verantwortung für die alltägliche islamische Gewalt an unseren Schulen und auf unseren Straßen mit ein.

In scharfem Gegensatz zu dieser grundsätzlichen Denkweise der politisch Inkorrekten, die sich vorwiegend als Verteidiger der Freiheitlichkeit, der Rechtsstaatlichkeit und des Schutzcharakters des Grundgesetzes gegenüber einer zunehmend totalitären, rechtsbrüchigen, sicherheitsgefährdenden und grundgesetzskeptischen Staatsspitze verstehen, steht der Rechtsextremismus, der die Bundesrepublik und auch das Grundgesetz aus verschiedenen historischen Beweggründen heraus ablehnt. Politisch Inkorrekte und Rechtsextreme sind daher geistig nicht verwandt, sondern stehen sich ideell gegenüber. Für die Rechtsextremen ist die Bundesrepublik ein nötigenfalls zu bekämpfender, nicht wirklich legitimierter Erfüllungsstaat in der Tradition der Anfangsjahre der Weimarer Republik, für die politisch Inkorrekten hingegen ein trotz aller Mängel verteidigungswertes Staatswesen, das vor Unterwanderung und Aushöhlung durch Extremisten jeder Art, einschließlich multikulturalistischer und ausländischer Extremisten sowie demokratiefeindlicher EU-Apparatschiks zu schützen ist. Während die politisch Inkorrekten die ethnische Siedlungspolitik der Bunten Republikaner und deren Islamisierungspolitik in erster Linie aus freiheitlichen, pragmatischen und sicherheitspolitischen Gründen ablehnen, tut die Rechtsextreme dies vor allem aus rassistischen Motiven. Während die politisch Inkorrekten für den Erhalt auch unserer wirtschaftlichen Freiheit und gegen den ausufernden Neosozialismus der Bunten Republikaner wettern, stehen die Rechtsextremen für eine Fortführung der sozialistischen Tradition der NSDAP. Und während die politisch Inkorrekten unentwegt gegen die in der Bunten Republik zunehmend

salonfähige Feindseligkeit gegenüber Israel, das allein auf weiter Flur um sein Existenzrecht kämpft, anschreiben, ziehen Rechtsextreme gemeinsam mit Linksextremen und islamischen Geiferen, ganz im Geiste der deutsch-palästinensischen Freundschaft unter Adolf Eichmann, gegen Israel zu Felde. Diese Liste diametraler Gegensätzlichkeiten ließe sich noch erheblich fortsetzen.

Die politischen Verhältnisse sind also völlig unmissverständlich: Diesseits der freiheitlichen, demokratischen und anti-totalitären Grundordnung stehen die politisch Inkorrekten, die die verlogene geistige Zwangsjacke der politischen Korrektheit und ihre im täglichen Lebensumfeld mittlerweile unübersehbaren desaströsen Folgen ablehnen. Auf der anderen Seite stehen all jene, die dieser freiheitlichen und demokratischen Grundordnung nichts Gutes wollen: Rechtsextreme, Linksextreme, Islamisten, ausländische Nationalisten und im Zweifelsfall auch die immer unverblümt mit totalitären Machtmechanismen liebäugelnden Bunten Republikaner selbst.